

Ordnung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt über die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) für Studienbewerber mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung vom 28. April 2004

Gemäß § 94 Abs. 1 Nr. 1 genehmige ich die Ordnung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main über die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) für Studienbewerber mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung mit der Maßgabe, dass diese Genehmigung befristet wird bis zum 30. April 2006.

Sie wird hiermit bekannt gegeben.

Wiesbaden, 30. März 2004

Hessisches Ministerium
für Wissenschaft und Kunst
III 4.5 — 631/8 — 1

StAnz. 29/2004 S. 2345

Nach § 66 HHG kann die Immatrikulation von Studienbewerbern mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung versagt werden, wenn sie keine für die Studierfähigkeit ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse besitzen.

Aufgrund dieser Vorschrift und auf der Grundlage der „Rahmenordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH)“ (StAnz. 34/1996 S. 2572) wird nach Zustimmung des Senats vom 15. Januar 2003 vom Präsidenten folgende Ordnung erlassen:

1. Vorbemerkung

Alle männlichen Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen auch für weibliche Personen.

2 A. Allgemeine Prüfungsbestimmungen

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Studienbewerber mit ausländischen Vorbildungsnachweisen, die nach der Verwaltungsvorschrift über die Anerkennung ausländischer Hochschulzugangsberechtigungen vom 1. Dezember 1998 (StAnz. 1999 S. 306) den direkten Hochschulzugang eröffnen, müssen vor ihrer Immatrikulation die zur Aufnahme eines Studiums hinreichenden deutschen Sprachkenntnisse nachweisen. Der Nachweis erfolgt durch das Bestehen der Deutschen Sprachprüfung (DSH).
- (2) Von der Deutschen Sprachprüfung sind freigestellt:
 - a) Studienbewerber, welche die zur Aufnahme eines Studiums erforderlichen Sprachkenntnisse im Rahmen eines Schulabschlusses nachweisen, der einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung entspricht;
 - b) Inhaber des „Deutschen Sprachdiploms — Stufe II — der Kultusministerkonferenz“ (DSD II) (Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 16. März 1972 und vom 5. Oktober 1973);
 - c) Inhaber eines Zeugnisses über die bestandene „Zentrale Oberstufenprüfung“ (ZÖP) des Goethe-Instituts, die in Deutschland von einem Goethe-Institut, im Ausland von einem Goethe-Institut oder einer Institution mit einem Prüfungsauftrag des Goethe-Instituts abgenommen wurde (Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 28. Januar 1994 und 15. April 1994 über die Gleichstellung der Zentralen Oberstufenprüfung mit dem Deutschen Sprachdiplom — Stufe II — der KMK);
 - d) Inhaber des „Kleinen deutschen Sprachdiploms“ oder des „Großen deutschen Sprachdiploms“, die vom Goethe-Institut im Auftrag der Ludwig-Maximilians-Universität München verliehen werden;
 - e) Studienbewerber, die den „Test Deutsch als Fremdsprache für Studienbewerber“ (TestDaF) mit einem für die beantragte Hochschulzulassung ausreichenden Ergebnis abgelegt haben;
 - f) Studienbewerber, die die Deutsche Sprachprüfung unter organisatorischer und inhaltlicher Verantwortung eines Studienkollegs oder eines Lehrgebietes Deutsch als Fremdsprache an einer deutschen oder ausländischen Hochschule erfolgreich abgelegt haben;
 - g) Studienbewerber, die im Besitz eines Zeugnisses sind, das genannt ist im Anhang zum Beschluss der KMK über den „Zu-

gang von ausländischen Studienbewerbern mit ausländischem Bildungsnachweis zum Studium an deutschen Hochschulen: Nachweis deutscher Sprachkenntnisse“ vom 2. Juni 1995 in der jeweils gültigen Fassung;

- h) Doktoranden mit Bescheinigung des betreuenden Professors, sofern die fachliche Äquivalenz ihrer Diplom- bzw. Masterprüfung bestätigt wurde. Die Bescheinigung ist über den Dekan des zuständigen Fachbereichs der Akademischen Auslandsstelle zuzustellen;
 - i) Studienbewerber, die als Austauschstudenten oder Stipendiaten einen kurzzeitigen Studienaufenthalt ohne das Ziel eines Abschlusses absolvieren.
- (3) Über die Regelungen in Absatz 2 hinaus werden deutsche Staatsbürger von der DSH befreit, wenn sie eines der folgenden Zeugnisse bei der Immatrikulation vorlegen können:
- a) A-Level „German“ des britischen General Certificate of Education
 - b) Higher Grade im Fach „German“ im schottischen Certificate of Education.
- (4) Studienbewerber, deren Sprachkompetenz nachweislich das sprachliche Anforderungsniveau der DSH deutlich übersteigt, können auf Antrag, der zusammen mit der Bewerbung um einen Studienplatz bei der Universität zu stellen ist, ihre Sprachkompetenz im Rahmen einer „informellen Prüfung“ nachweisen. Für die „informelle Prüfung“ gelten die Regelungen der mündlichen DSH in § 13 sinngemäß.

§ 2

Zweck der Prüfung

- (1) Durch die Prüfung soll der Bewerber nachweisen, dass er mündlich und schriftlich in alltagspraktischer und wissenschaftssprachlicher Hinsicht befähigt ist, das geplante Fachstudium aufzunehmen. Er muss in der Lage sein, auf die Studiensituation bezogene, mündlich oder schriftlich dargebotene Texte zu verstehen, zu bearbeiten und solche Texte selbst zu verfassen.
- (2) Dies schließt insbesondere ein:
 - a) die Fähigkeit, Vorgänge, Sachverhalte, Gedankenzusammenhänge sowie Ansichten und Absichten zu verstehen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen sowie eigene Ansichten und Absichten sprachlich angemessen zu äußern;
 - b) eine für das Studium in Deutschland angemessene Beherrschung von Aussprache, Wortschatz, Formenlehre, Satzbau und Textstrukturen (phonetisch-phonologische Elemente; lexikalisch-idiomatische Elemente; morphosyntaktische Elemente; textgrammatische Elemente);
 - c) die sprachliche Beherrschung der an deutschen Hochschulen gängigen wissenschaftsbezogenen Arbeitstechniken.

§ 3

Prüfungsvorsitz, Prüfungskommission

- (1) Für die ordnungsgemäße Durchführung der Deutschen Sprachprüfung ist der Leiter des Studienkollegs als Prüfungsvorsitzender verantwortlich.
- (2) Der Prüfungsvorsitzende setzt Prüfungskommissionen zur Abnahme der Prüfung ein.
- (3) Eine Prüfungskommission setzt sich aus mindestens zwei Lehrkräften des Arbeitsbereichs Deutsch als Fremdsprache des Studienkollegs zusammen. Der Prüfungsvorsitzende kann an den Prüfungen mitwirken. Das Prüfungsergebnis ist von der jeweiligen Kommission festzusetzen; in Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende.

§ 4

Zulassung zur Prüfung

Die Teilnahme an der DSH wird beantragt mit dem Zulassungsantrag zum Studium an den Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität. An der Prüfung kann nur teilnehmen, wer für das folgende Semester zum Fachstudium an der Universität zugelassen ist und wer die Prüfungsgebühr bezahlt hat.

§ 5

Gliederung der Prüfung

- (1) Die Deutsche Sprachprüfung, besteht aus einer schriftlichen und in der Regel einer mündlichen Prüfung. Die schriftliche Prüfung findet vor der mündlichen Prüfung statt.

(2) Die schriftliche Prüfung gliedert sich gemäß § 12 Abs. 1 in vier Aufgabenbereiche, die gemäß § 12 Abs. 2 zu schriftlichen Teilprüfungen zusammengefasst werden können.

(3) Die zuständige Prüfungskommission kann beschließen, von einer mündlichen Prüfung abzusehen, wenn ihr für die Beurteilung der mündlichen Kommunikationsfähigkeit andere hinreichende Erkenntnisse vorliegen. Die mündliche Prüfung entfällt, wenn die schriftliche Prüfung nicht bestanden wurde.

§ 6

Durchführung der Prüfung:

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Jeder Prüfungsteilnehmer muss sich zu Beginn der schriftlichen und der mündlichen Prüfung durch Vorlage seines Passes und des Zulassungsbescheides ausweisen.

(2) Tritt der Kandidat nach Beginn der Prüfung zurück, müssen die für den Rücktritt geltend gemachten Gründe der Prüfungskommission unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten ist unverzüglich ein ärztliches Attest, auf Verlangen des Vorsitzenden auch ein amtsärztliches Attest vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, wird die Prüfung als nicht abgelegt gewertet.

(3) Tritt der Kandidat nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe zurück, gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(4) Versucht der Kandidat, die Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, oder stört er den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung, kann er von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; die Gesamtprüfung gilt dann als nicht bestanden.

(5) In Fällen der Absätze 3 und 4 ist dem Kandidaten vor der Entscheidung Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

§ 7

Bewertung der Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung ist bestanden, wenn von den in allen Teilprüfungen gemäß § 12 Abs. 2 insgesamt gestellten Anforderungen mindestens $\frac{2}{3}$ erfüllt sind.

(2) Die mündliche Prüfung ist bestanden, wenn mindestens $\frac{2}{3}$ der Anforderungen erfüllt sind.

(3) Schriftliche und mündliche Prüfung werden im Verhältnis 2 : 1 gewichtet, sofern Prüfungsvorleistungen nicht zu berücksichtigen sind.

(4) Die Gesamtprüfung ist bestanden, wenn sowohl die schriftliche Prüfung gemäß Abs. 1 als auch die mündliche Prüfung gemäß Abs. 2 bestanden ist. Wird gemäß § 5 Abs. 3 von einer mündlichen Prüfung abgesehen, so ist die Gesamtprüfung bestanden, wenn die schriftliche Prüfung gemäß Abs. 1 bestanden ist.

§ 8

Feststellung des Prüfungsergebnisses

(1) Das Prüfungsergebnis wird durch die jeweilige Prüfungskommission festgestellt. Es lautet „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

(2) Über die bestandene Deutsche Sprachprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das vom Prüfungsvorsitzenden unterzeichnet wird. Das Zeugnis enthält den Vermerk, dass die Prüfungsordnung den Bestimmungen der Rahmenordnung entspricht.

(3) Ist die Prüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, erteilt der Präsident der Universität dem Kandidaten hierüber einen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 9

Wiederholung der Prüfung

(1) Die Deutsche Sprachprüfung kann in der Regel einmal wiederholt werden. Der Prüfungsvorsitzende kann auf begründeten Antrag weitere Wiederholungsmöglichkeiten einräumen. Der Kandidat hat schriftlich zu erklären, ob es sich um die erste oder um eine Wiederholungsprüfung handelt.

(2) Die Prüfung ist in der Regel zu wiederholen, wenn nach dem Ablegen der DSH mehr als zwei Jahre vergangen sind, ohne dass ein Fachstudium an einer deutschen Universität aufgenommen wurde, oder wenn das Fachstudium für mehr als zwei Jahre unterbrochen wurde. Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission.

§ 10

Einsicht in die Prüfungsakten

Dem Studienbewerber wird binnen eines Monats nach Abschluss des Prüfungsverfahrens auf Antrag Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten, die Bemerkungen der Prüfer und die Prüfungs-

protokolle gewährt. Das Nähere regelt § 29 Hessisches Verwaltungsgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

§ 11

Widerspruchsverfahren

Gegen ablehnende Entscheidungen, die auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung getroffen werden, kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids Widerspruch nach § 68 VwGO bei der Akademischen Auslandsstelle eingelegt werden.

B. Besondere Prüfungsbestimmungen

§ 12

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung, umfasst die Aufgabenbereiche:

1. Verstehen und Verarbeiten eines Hörtextes
2. Verstehen und Bearbeiten eines Lesetextes
3. Vorgabenorientierte Textproduktion
4. Verstehen und Bearbeiten wissenschaftssprachlicher Strukturen.

(2) In der schriftlichen Prüfung können die Aufgabenbereiche 3 und 4 beliebig mit den Aufgabenbereichen 1 und 2 kombiniert werden, so dass sich zwei, drei oder vier Teilprüfungen ergeben.

(3) Die Aufgabenbereiche können in einem thematischen Zusammenhang stehen. Bei der Bearbeitung der Aufgaben kann ein allgemeinsprachliches und einsprachiges Wörterbuch des Deutschen zugelassen werden.

(4) Die gesamte schriftliche Prüfung dauert mindestens drei, höchstens vier Zeitstunden.

(5) Aufgabenbereiche:

1. Verstehen und Verarbeiten eines Hörtextes

Der Kandidat soll zeigen, dass er Vorlesungen und Vorträgen aus dem wissenschaftlichen Bereich mit Verständnis folgen, sinnvoll Notizen dazu anfertigen und damit arbeiten kann.

- a) Art und Umfang des Textes

Es soll ein Text zugrunde gelegt werden, welcher der Kommunikationssituation Vorlesung/Übung angemessen Rechnung trägt. Der Text setzt keine Fachkenntnisse voraus, ggf. nur solche, die Gegenstand eines vorausgegangenen fachspezifisch orientierten Unterrichts waren. Der Text soll je nach Redundanz im Umfang einem schriftlichen Text von nicht weniger als 50 und nicht mehr als 100 Zeilen zu 60 Zeichen entsprechen.

- b) Durchführung

Der Hörtext wird nicht öfter als zweimal präsentiert. Dabei dürfen Notizen gemacht werden. Vor der Präsentation des Prüfungstextes sollen die Kandidaten über dessen thematischen Zusammenhang orientiert werden. Die Angabe von Namen, Daten und schwierigen Fachbegriffen und die Veranschaulichung durch visuelle Hilfsmittel ist zulässig. Die Art der Präsentation soll der Kommunikationssituation Vorlesung/Übung angemessen Rechnung tragen.

- c) Aufgabenstellung

Die Aufgabenstellung ist abhängig von der Struktur des Prüfungstextes. Sie soll insbesondere das inhaltliche Verstehen und das Erkennen der Themenstruktur und der Textorganisation zum Gegenstand haben. Es können verschiedenartige und miteinander kombinierbare Aufgaben gestellt werden, z. B.

- Beantwortung von Fragen,
- Strukturskizze,
- Resümee,
- Darstellung des Gedankenganges.

Eine Zusammenfassung oder Wiedergabe des Textes oder von Teilen des Textes ist wesentlicher Bestandteil der Aufgabenstellung.

- d) Bewertung

Die Leistung ist zu bewerten nach Vollständigkeit und Angemessenheit der Erfüllung der gestellten Aufgaben. Dabei sind inhaltliche Aspekte stärker zu berücksichtigen als sprachliche Korrektheit.

2. Verstehen und Bearbeiten eines Lesetextes

Der Kandidat soll zeigen, dass er einen schriftlich vorgelegten Text verstehen und sich damit auseinander setzen kann.

- a) Art des Textes

Es soll ein weitgehend authentischer, studienbezogener und wissenschaftsorientierter Text vorgelegt werden, der keine

Fachkenntnisse voraussetzt, ggf. nur solche, die Gegenstand eines vorangegangenen fachspezifisch orientierten Unterrichts waren. Dem Text können z. B. eine Graphik, ein Schaubild oder ein Diagramm beigelegt werden. Der Text soll einen Umfang von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 80 Zeilen zu 60 Zeichen haben.

b) Aufgabenstellung

Die Aufgabenstellung ist abhängig von der Struktur des Prüfungstextes. Das Textverstehen und die Fähigkeit zur Textbearbeitung können u. a. durch folgende Aufgabentypen überprüft werden:

- Beantwortung von Fragen,
- Darstellung der Argumentationsstruktur des Textes,
- Darstellung der Gliederung des Textes,
- Erläuterung von Textstellen,
- Formulierung von Überschriften.

c) Bewertung

Die Leistung ist nach Vollständigkeit und Angemessenheit der Erfüllung der gestellten Aufgaben zu bewerten. Dabei sind inhaltliche Aspekte stärker zu berücksichtigen als sprachliche Korrektheit.

3. Vorgabenorientierte Textproduktion

Der Kandidat soll zeigen, dass er in der Lage ist, sich selbständig und zusammenhängend zu einem an Vorgaben gebundenen Thema zu äußern.

a) Aufgabenstellung

Die Textproduktion kann erklärender, vergleichender oder kommentierender Art sein; sie kann auch die sprachliche Umsetzung von Graphiken, Schaubildern, Diagrammen zum Gegenstand haben. Sie darf nicht den Charakter eines freien Aufsatzes annehmen.

b) Bewertung

Die Leistung ist zu bewerten nach inhaltlichen Aspekten (Angemessenheit, Textaufbau, Kohärenz) und nach sprachlichen Aspekten (Korrektheit, Wortwahl, Syntax). Dabei sind die sprachlichen Aspekte stärker zu berücksichtigen.

4. Verstehen und Bearbeiten wissenschaftssprachlicher Strukturen

Der Kandidat soll zeigen, dass er wissenschaftssprachlich relevante Strukturen in einem vorgegebenen Text erkennen, verstehen und sie anwenden kann.

a) Aufgabenstellung

Die Aufgabenstellung ist textgebunden. Sie soll die Besonderheiten des zugrundegelegten Textes zum Gegenstand haben (z. B. syntaktisch, wortbildungsmorphologisch, lexikalisch, idiomatisch, textsortenbezogen) und kann u. a. Ergänzungen, Fragen zum Verstehen komplexer Strukturen sowie verschiedene Arten von Umformungen (Paraphrasierung, Transformation) beinhalten.

b) Bewertung

Die Leistung ist gemäß der Aufgabenstellung nach sprachlicher Richtigkeit zu bewerten.

§ 13

Mündliche Prüfung

Der Kandidat soll nachweisen, dass er imstande ist, mit Verständnis und Selbständigkeit Vorgänge, Sachverhalte, Gedankenzusammenhänge zu erfassen, sich sprachlich damit auseinander zu setzen sowie im Gespräch angemessen darauf zu reagieren.

a) Aufgabenstellung

Die mündliche Prüfung besteht aus einem Prüfungsgespräch zu allgemeinen wissenschaftsbezogenen Problemstellungen oder zu Fragen der gewählten Studienrichtung.

b) Durchführung

Die Dauer des Prüfungsgesprächs beträgt mindestens 10 und maximal 20 Minuten. Grundlage der mündlichen Prüfung können Texte, Grafiken, Schaubilder, Tonband- oder Videoaufnahmen oder andere Sprechansätze sein. Zur Vorbereitung des Prüfungsgesprächs soll dem Kandidaten bei Bedarf eine angemessene Vorbereitungszeit gewährt werden.

c) Bewertung

Die Leistung ist zu bewerten nach der allgemeinen Gesprächs- und Diskussionsfähigkeit im hochschulbezogenen Kontext (Aufgaben- und Fragenverständnis, angemessenes Reagieren, Selbständigkeit) sowie nach der Fähigkeit, Sachverhalte verständlich und korrekt darzustellen.

C. Schlussbestimmungen

§ 14

Prüfungsgebühr

(1) Es wird eine Prüfungsgebühr von 80 Euro erhoben. Dies gilt für die Wiederholungsprüfung entsprechend.

(2) Für die „informelle Prüfung“ der Sprachkompetenz („informelle DSH“) gemäß § 1, Abs. 4 dieser Prüfungsordnung wird eine Gebühr von 40 Euro erhoben.

(3) Die Prüfungsgebühr ist rechtzeitig vor Beginn der Prüfung an die zuständige Kasse zu entrichten.

(4) Die Prüfungsgebühr wird abzüglich einer Verwaltungsgebühr von 10,— Euro zurückerstattet, wenn eine Bewerberin bzw. ein Bewerber an der Prüfung aus Gründen, die sie oder er nicht zu vertreten hat, nicht teilnehmen kann, mit dem Erstattungsantrag einen Zahlungsnachweis einreicht und die Gründe darlegt.

§ 15

In-Kraft-Treten

Diese Ordnung wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.

Sie gilt für Bewerber, die sich zur Deutschen Sprachprüfung (DSH) nach dem 1. Juli 2003 anmelden.

Frankfurt am Main, 28. April 2004

Prof. Dr. Rudolf Steinberg
Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

687

Prüfungsordnung des Wissenschaftlichen Zentrums Dualer Hochschulstudien (ZDH) der Fachhochschule Gießen-Friedberg für den dualen Bachelor-Studiengang Betriebswirtschaft vom 15. März 2002

Genehmigung

Mit Erlass vom 22. Dezember 2003 habe ich nach § 94 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 31. Juli 2000 (GVBl. I S. 374), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2003 (GVBl. I S. 518), die o. a. Prüfungsordnung bis zum 31. August 2008 befristet genehmigt.

Wiesbaden, 1. Juli 2004

Hessisches Ministerium
für Wissenschaft und Kunst
III 2.4 — 486/458 (13) — 1

StAnz. 29/2004 S. 2347

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt: Allgemeines

- § 1 Dauer und Gliederung des Studiums, Abschluss
- § 2 Prüfungsaufbau
- § 3 Fristen
- § 4 Prüfung der Module
- § 5 Bewertung der Module
- § 6 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Störung von Prüfungen
- § 7 Bestehen und Nichtbestehen
- § 8 Wiederholung von Modulen
- § 9 Freiversuche studienbegleitender Module
- § 10 Anrechnung von Studienzeiten und Leistungsnachweisen
- § 11 Prüfungsamt
- § 12 Prüfungsausschuss
- § 13 Prüfungsbefugnis

2. Abschnitt: Bachelor-Prüfungen

- § 14 Bescheinigung über Grundstudium (Bachelor-Vorprüfung)
- § 15 Zweck und Durchführung der Bachelor-Prüfung
- § 16 Bachelor-Thesis
- § 17 Gesamtnote, Zeugnis der Bachelor-Prüfung

3. Abschnitt: Einstufungsverfahren

- § 18 Einstufungsprüfung

4. Abschnitt: Schlussbestimmungen

- § 19 Ungültigkeit von Prüfungen